



Institut für Geographie
Seminar: Einführung in die Raumplanung
Dozentin: Lilith Kuhn
SoSe 2022

Ausverkauf der Stadt durch New-Public-Management?

Chancen und Grenzen von Freiraumpolitik in der neoliberalen Stadt am Beispiel
des Gazometers in Münster

Vorgelegt von:

Lea Kleinsorge

lkleinso@uni-muenster.de

Ausverkauf der Stadt durch New-Public-Management?

Chancen und Grenzen von Freiraumpolitik in der neoliberalen Stadt am Beispiel des Gazometers in Münster

Kapitalistische Stadtentwicklung wird immer wieder von urbanen sozialen Bewegungen herausgefordert, die der neoliberalen Stadt des Tauscherts eine Orientierung am Gebrauchswert entgegenstellen und politische Teilhabe und Inklusion erstreiten wollen – kurz, sie fordern das *Recht auf Stadt* ein, eine Stadt für alle. Diese vielfältigen emanzipatorischen Kämpfe *von unten* um gemeinschaftlich genutzte, unkommerzielle und selbstverwaltete Räume sind allerdings zäh und von Niederlagen geprägt: Immer mehr vormals öffentlich genutztes Eigentum und unkommerziell genutzte Räume werden von Städten veräußert und fallen dem Privatisierungsfeldzug zum Opfer.

Ein aktuelles Beispiel in der Stadt Münster ist das Gazometer, ein soziokulturelles Zentrum, das seit 2021 von einem links-emanzipatorischen Kollektiv selbstverwaltet wird und Raum für politische Teilhabe, Kunst und Kultur bieten will. Im Herbst dieses Jahres soll dieses Projekt allerdings zugunsten eines Investor*innenwettbewerbs um das Gelände weichen – das öffentlich genutzte Eigentum also in privates überführt werden. Liegt das an der Boshaftigkeit der Stadtverwaltung in Münster? Oder liegen dieser Entwicklung polit-ökonomische Verschiebungen zu Grunde, die emanzipatorischen Stadtprojekten enge Grenzen setzen oder sie gar verunmöglichen? Um die Herausforderungen von *Freiraumpolitik* besser zu verstehen, möchte ich neoliberale Stadtentwicklungsprozesse und die damit verbundene sukzessive Veränderung städtischer Politik und Verwaltungsrationalität näher beleuchten.

Mit den globalen Neoliberalisierungsprozessen, die verstärkt seit den 1980er Jahren in Reaktion auf die Krise des Fordismus einsetzten, findet auch eine radikale Neuordnung und Re-Definition des Städtischen und städtischer Politik statt. Anders als im Fordismus, in dem die Stadt vor allem als Ausführungsorgan des Wohlfahrtsstaats fungieren sollte und für die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur und ausgleichende Sozialpolitik verantwortlich war, wird die Stadt im Postfordismus zur „unternehmerischen Stadt“ und soll sich im globalen Wettbewerb der Städte um global agierendes Kapital, einkommensstarke Haushalte und Konsument*innen behaupten (vgl. Schipper 2010: 1). Mit dem stadtpolitischen Fokus auf die

Wettbewerbsfähigkeit verschieben sich städtische Kernaufgaben mehr und mehr weg von sozialstaatlicher Verwaltung hin zum betriebswirtschaftlichen Management des Unternehmens Stadt (vgl. Mullis 2011: 20). Zielsetzung von Stadtpolitik ist das Generieren von Wachstumspotenzialen, um als Wettbewerbseinheit zu bestehen. Mit der Zuweisung der Verantwortung für Wachstum auf die Kommunen findet ein *down-scaling* politischer Regulationsformen von der nationalen auf die lokale Ebene statt. Die Rolle der Raumordnung verschiebt sich von der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse hin zu einem Wettbewerbsinstrument (vgl. Metzger/Strüver: 1141f).

Mit dieser Zielverschiebung und den dazugehörigen neoliberalen Verwaltungsreformen hat sich eine neue Form städtischen Regierens herausgebildet, die unter *New-Public-Management* zu fassen ist. War zuvor die städtische Verwaltung eine von der Ökonomie abgesonderte Sphäre, die nach einer eigenen Verwaltungsrationalität funktioniert, sind nun Verwaltungstätigkeiten primär nach ökonomischen Kriterien strukturiert und an Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Die Kommunen bekommen ein Budget zugewiesen, mit dem sie möglichst effizient wirtschaften müssen. Was effizient und „gut“ ist, bestimmt der Vergleich mit anderen Städten, bei Ineffizienz werden der Stadt die Mittel gekürzt (Lebuhn 2007: 532ff). Dieser enorme Kostendruck geht mit einer zunehmenden Kosteneinsparung im öffentlichen Bereich einher und führt zu einer schnellen Veräußerung unkommerzieller Räume – die sind schließlich nicht gewinnbringend und führen zu einer Verschlechterung der Haushaltsbilanz (ebd. 538). Es kommt zu Privatisierungen und Kommodifizierung von den vormals öffentlichen Gütern und Räumen, oft auch in Form von *public-private-partnerships*, das heißt Kooperation von öffentlichen und privaten Einrichtungen. Dadurch wird die Ökonomisierung der Verwaltungstätigkeiten weiter vorangetrieben, da die betriebswirtschaftliche Rationalität explizit in der städtischen Verwaltung und stadtpolitische Entscheidungsprozessen Einzug erhält (vgl. Mullis: S. 21ff).

Im Zuge dessen wird die Zielsetzung der Wettbewerbsfähigkeit zum Allgemeininteresse und als alternativlos erklärt – was gut für das Stadtkonto ist, sei gut für alle. Hinter dieser Konstruktion des „Sachzwangs“ verschwinden Widersprüche und Interessensgegensätze und werden in der lokalen Schicksals- und Standortgemeinschaft aufgelöst, ganz nach dem Motto: Wachstum ist gut für Münster und damit gut für alle. Das aber der Bau von Bürotürmen auf dem Gelände des Gazometers nicht im Interesse aller ist, ist offensichtlich – die Künstler*innenkollektive, Jugendverbände und politischen Gruppen, die das Gelände aktuell

nutzen, würden sicher lieber das Gelände weiterhin gemeinschaftlich nutzen und sich für den öffentlichen Erhalt aussprechen, wenn sie in die Entscheidungsprozesse einbezogen würden.

Das Argument des Allgemeininteresses an Wettbewerbsfähigkeit fungiert hier als ideologischer Kitt, gegensätzliche Interessen werden als Partikularinteressen delegitimiert.

Die Argumentation des „Privatisierungszwangs“ führt zu einer Entpolitisierung und letztendlichen Entdemokratisierung von stadtplanerischen Prozessen. New-Public-Management kann damit nicht nur als Verwaltungstechnik, sondern auch als *Machttechnik* mit hoch ideologischem Charakter begriffen werden, die scheinbare Neutralität und wissenschaftliche Stringenz spiegelt, obwohl zutiefst politische Entscheidungsprozesse in Interessen- und Klassenkonflikten ablaufen (vgl. Lebuhn 2007: S. 539).

Sozial-emanzipatorische Projekte wie das Gazometer machen genau die Frage danach, wer eigentlich von stadtpolitischen Prozessen profitiert, zum Politikum und zeigen auf, wie ausschließlich die Stadt funktioniert, wenn sie nicht mehr Sozialraum ist, sondern zur Ware wird. Das Gazometer kann als *commons* verstanden werden, also ein Gemeingut, das in sozialer Gemeinschaft hergestellt und verwaltet wird und in nicht-kommerzieller Art und Weise der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient. Hier wird der neoliberalen Logik von Tauschwert und Konkurrenz der Gebrauchswert und Solidarität entgegengestellt (vgl. Metzger 2015: 48).

Neoliberale Stadtpolitik muss an sich noch keine absolute Verunmöglichung von Freiraumpolitik bedeuten. Neoliberale Stadtpolitik ist prozesshaft und widersprüchlich und die Stadt ein Experimentier- und Aushandlungsfeld für die Implementierung neoliberaler Politik und Perspektiven dagegen. Auch aus Stadtverwaltungs-Perspektive können soziokulturelle Freiräume erhaltenswert sein, wenn sie zur Attraktivität und Lebensqualität des Stadtviertels beitragen. Hier eröffnet sich ein Spannungsfeld für emanzipatorische Politik zwischen produktiver Kooperation und der Gefahr der Aneignung und Einhegung emanzipatorischer Bestrebungen in Verwertungslogik und Aufwertungspolitiken (vgl. Metzger: 49f). Es stellt sich in diesem Spannungsfeld die Herausforderung, kulturelles Kapital nicht im Zuge der „kreativen Stadt“ instrumentalisieren lassen und die Logik der Kooperation und Teilhabe zu bewahren. An diesem Punkt sind die Chancen und Grenzen emanzipatorischer Politik in der neoliberalen Stadt immer wieder neu auszuloten.

Literatur

Lebuhn, Henrik (2007): Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt. In: Prokla, 37 (4), S. 529-545.

Metzger, Joscha. (2015): Soziales Wohnen in der neoliberalen Stadt? Vom Sozialen Wohnungsbau zu Recht auf Stadt und Urbanen Commons. In: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 35(137), 43-55. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168ssoar-64054-8>

Metzger, Joscha; Strüver, Anke (2018): Raumordnung I: Stadt als lokaler Staat. In: R. Voigt (Hrsg.), Handbuch Staat. Springer: Wiesbaden, S. 1141-1149

Mullis, Daniel (2011): Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen. In: Holm, Andrej/Lederer, Klaus/Naumann, Matthias (Hrsg.): Linke Metropolen- politik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster, S. 14-33.

Schipper, Sebastian (2014): Die unternehmerische Stadt. In: Bernd Belina, Matthias Naumann und Anke Strüver (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster, S. 97–102.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, Lea Kleinsorge, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Diese Arbeit oder Teile davon sind weder bisher noch aktuell Bestandteil eines Verfahrens zur Erlangung einer Prüfungsleistung an einer Hochschule.
